

Abstimmung Fremdsprachen in der Primarschule

«Je früher, desto besser» stimmt nicht immer

Von Saskia Olsson

«Je früher ein Kind mit dem Erlernen einer Fremdsprache beginnt, desto besser!» Dieser Volksglaube steckt auch heute noch in den Köpfen vieler Menschen. Was damit wirklich gemeint ist, ist die Auseinandersetzung mit einer Fremdsprache über einen langen Zeitraum, gepaart mit der immer wieder stattfindenden Konfrontation derjenigen.

Es mag stimmen, dass ein sechsjähriges Kind, das mit der Familie nach Frankreich zieht und dort in eine französische Schule mit Französisch sprechenden Kindern eingeschult wird und mit gleichaltrigen Französisch sprechenden Nachbarn spielt, keine Probleme hat, diese Sprache innert kürzester Zeit zu erlernen. Problematisch wird es allerdings dann, wenn auf Teufel komm raus dieses Prinzip an unseren Primarschulen angewendet wird und man den gleichen Erfolg erwartet. Unsere Schulkinder setzen sich nur während zwei bis drei Wochenlektionen mit der Sprache auseinander. Es müsste jedem klar sein, dass das Prinzip des «Sprachbades» bei

dieser kleinen Anzahl von Wochenstunden nicht möglich ist.

Doch nicht nur das: Viele wissenschaftliche Studien sowohl aus der Schweiz als auch aus Kanada belegen, dass das frühe Erlernen einer Fremdsprache weder kurz- noch langfristig vorteilhaft ist. Wenn Schulkinder Englisch erst auf der Sekundarstufe lernen, holen sie den Vorsprung derjenigen, die bereits seit der fünften

Es wäre zielführender, zunächst die deutsche Sprache und Grammatik zu festigen.

Klasse Englisch lernen, innerhalb von sechs Monaten auf. Das hat eine Studie der Sprachwissenschaftlerin Simone Pfenninger von der Universität Zürich ergeben. Sie hat die Englischkenntnisse von 400 Sekundarschulabgängerinnen und Sekundarschulabgängern aus Zürich miteinander verglichen.

Obwohl ein Teil der Befragten bereits in der Primarschule Englisch

lernte und der andere Teil erst ab der Sekundarstufe, waren die «Spätlernenden» am Ende der obligatorischen Schulzeit mindestens auf demselben Wissensstand – in einigen Bereichen waren sie den «Frühlernenden» sogar voraus. Auf der Sekundarstufe lernen die Schülerinnen und Schüler die Fremdsprache wesentlich strukturierter und systematischer. Durch das effizientere Lernen benötigen sie auch weniger Zeit.

Eine negative Begleiterscheinung seit der Einführung von zwei Fremdsprachen an der Primarschule ist, dass die Leistungen im Fach Deutsch auf der Primarstufe markant gesunken sind. Der Zusammenhang zwischen der Überforderung der Schulkinder durch zwei Fremdsprachen und dem gleichzeitigen Sinken des Wissens im Fach Deutsch ist naheliegend. Deshalb wäre es zielführender, zunächst die deutsche Sprache und Grammatik zu festigen. Das Frühfremdsprachenprojekt mit den beiden Fremdsprachen Französisch und Englisch ist gescheitert. Nicht nur bindet es enorme Ressourcen und verursacht Kosten

in Millionenhöhe; es bringt für die Schulkinder auch keinen Mehrwert, sondern setzt sie einem unnötigen Druck und Stress aus. Der ausbleibende Lernerfolg demotiviert die Kinder und das Klassen- und Lernklima verschlechtert sich durch die zunehmende Frustration.

Warum sollen wir unsere Kinder dieser grossen Überforderung aussetzen, obwohl wissenschaftliche Studien belegen, dass ein früher Fremdsprachenbeginn keine Vorteile hat und die jetzigen Englischstunden auf der Primarstufe viel sinnvoller und zielführender eingesetzt werden könnten? Stimmen Sie deshalb am 10. Juni Ja zur Initiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt».



Saskia Olsson ist Geschäftsführerin der Starke Schule beider Basel.

Läng d Achs und gib im

Der alt Göppel

Von Heiner Oberer

Er chunnt no äinisch. Lang und bräit hed der Regierigsroot Isaac Räber erklärt, worum er gäärn vier wytterer Jo hr wetti regiere. Das isch jo alles guet und rächt. Der wohri Grund isch aber allwääg ganz en andere. Wär nämmlig em Isaac Rääber sys Weeloo schon emoll gseh hed, wääss, worum är s Regänte mit cha lo syy. Dä brucht doch e nöie Göppel. Es isch jo würlig käis Luege, wenn är uf däm roschtige Göppel z Sissech d Ryyfälderstrooss duruufchniempt.

Göppel = Fahrrad regänte = regieren, mit einem leichten Hang zum Herrschsüchtigen

Moment mal

Zur Kasse gebeten

Von Christian Horisberger

Der Gelterkinder Dorfplatz ist schön. Mehr als das. Der grosse Dorfbrunnen, umgeben von Häuserreihen mit renovierten Fassaden im Vordergrund, die mächtige Dorfkirche auf dem Hügel thronend im Hintergrund... Es ist das beliebteste Motiv heimatverliebter Maler und Fotografen. Getrübt wird das Idyll von all den Autos, die auf den privaten Hausplätzen abgestellt sind. Aus dem Zentrum verbannt wird das Blech nur, wenn Fasnacht, 1. August, Donnstschig-Jass, Markt oder Dorffest ist. Dann – und nur dann – pulsiert im historischen Dorffestzentrum das Leben.

Vielleicht finden in Gelterkinder ja deswegen überdurchschnittlich oft Dorffeste statt. Damit der Dorfplatz öfter mal aufblühen kann. 2003 wurde die Heimatkunde gefeiert, vor acht Jahren der 100-jährige Fussballclub. Der Neubau des Hallenbads ist für die Gelterkinder eine neuerliche Gelegenheit, den Dorfplatz vom 1. bis am 3. Juni in eine Festhütte zu verwandeln und den Autos zumindest für ein langes Wochenende einen Platzverweis zu erteilen. Dass die Anwohner mitmachen und ihre Fahrzeuge während der Dauer des Fests anderswo abstellen, wird von den Veranstaltern vorausgesetzt. Es ist ja fürs Dorf, fürs Hallenbad und für die Vereine, die anpacken. Beim Badifescht geht das OK noch einen Schritt weiter. Die Anwohner im Bereich des Fests stellen nicht nur ihren Privatgrund zur Verfügung, sie sollen auch noch den Festeintritt zahlen, wenn sie via Festareal zu ihren Liegenschaften gelangen wollen: zehn Franken pro Person für das dreitägige Fest.

Dem Vernehmen nach hatte das OK ursprünglich geplant, auch die Helfer aus den Vereinen zur Kasse zu bitten. Doch diese sollen sich dagegen gewehrt haben. Die Nachbarn scheinen nicht verhandelt zu haben. Ein OK-Mitglied bestätigt: kein Gratis-Eintritt für Anwohner. Und wenn sich einer weigert zu zahlen? «Wir werden niemanden zwingen, den Pass zu lösen.» Gut zu wissen.

Nachrichten

Zu schnell unterwegs: Führerausweisentzüge

Zeiningen. Bei einer Geschwindigkeitskontrolle im Fricktal zwischen Möhlin und Wallbach mass die Kantonspolizei Aargau am Sonntag-nachmittag einen Personenwagen mit einer Geschwindigkeit von 136 Kilometern pro Stunde. Die 23-jährige Lenkerin wurde gestoppt und musste ihren Führerausweis an Ort und Stelle abgeben. Ebenso erging es einem Motorradlenker, der mit 120 Kilometern pro Stunde gemessen wurde, wie die Aargauer Kantonspolizei gestern mitteilte. Vier weitere Verkehrsteilnehmer wurden angezeigt.

Stromkosten unter der Lupe

Gemeinden kaufen zunehmend im freien Markt ein und sparen damit viel Geld



Grössere Orte wie Muttenz, Bottmingen oder Arlesheim sind abgesprungen. Die Elektra Birseck Münchenstein will sich mehr darum bemühen, die Gemeinden im Baselbiet als Kunden zu gewinnen. Foto EBM

Von Kurt Tschan

Münchenstein/Allschwil. Zu lange habe sich die Elektra Birseck Münchenstein (EBM) zu wenig um ihr Geschäft mit den Gemeinden gekümmert, räumte am 19. März dieses Jahres EBM-CEO Conrad Ammann ein, als er die Zahlen für das vergangene Geschäftsjahr publizierte und nach dem Verkauf einer Beteiligung in Frankreich (Direct Energie) mit einem Mega-Gewinn von 185 Millionen Franken (Vorjahr 21 Millionen) für Furore sorgte.

Die EBM hat im teilliberalisierten Markt (ab einer jährlichen Bezugsmenge von 100 000 Kilowattstunden) wie alle Energieversorger auch hartes Brot zu essen. «Die Marge bei den Grosskunden ist sehr dünn geworden», gab Ammann zu. Man lebe aber nach dem Grundsatz, dass man bei Abschlüssen zumindest nicht drauflege. «Wir wollen nämlich auch in diesem Geschäftsbereich einen Deckungsbeitrag», sagte Ammann.

Die Tatsache, dass sich im teilliberalisierten Strommarkt zunehmend auch Gemeinden tummeln, hat die EBM nach Angaben von Ammann «teilweise verschlafen». Man habe zu spät realisiert, dass Kommunen Beratung benötigten. Der Umstand, dass grössere Orte wie Muttenz, Bottmingen oder Arlesheim abgesprungen seien,

schmerze – weniger auf betriebswirtschaftlicher Ebene als auf psychologischer.

Allschwil spart 80 000 Franken

Klar ist für den EBM-CEO, dass auch Gemeinden in einem sich verändernden Umfeld stärker begleitet werden müssen. «Oft ist uns dies in der Vergangenheit hervorragend gelungen», sagt er. Bei einzelnen Gemeinden habe man die Zeichen der Zeit «jedoch verschlafen». Auf Kundenseite benötige es heute einen Erfahrungszuwachs. Nicht der letzte Zehntelrappen in der Stromrechnung sei entscheidend, sondern eine gute Beratung. Wichtig sei zum Beispiel die Frage, zu welchem Zeitpunkt eine Strom-Tranche auf welcher Zeitachse erworben werde.

Zu den Gemeinden, die seit Anfang Jahr den Alleingang wagen, gehört Allschwil. Wie Adrian Landmesser, Bereichsleiter Bau, Raumplanung und Umwelt, gegenüber der BaZ bestätigt, wird die grösste Gemeinde des Baselbiets so in den nächsten drei Jahren brutto 80 000 Franken sparen. Unter dem Strich sind es noch 64 000 Franken. 16 000 Franken fliessen in die Kasse der Renergy GmbH aus Oberwil, die den Stromdeal für Allschwil abgewickelt hat und dafür mit 20 Prozent des Gewinns entschädigt wird.

Die billigeren Strombezüge haben für Allschwil keine Auswirkungen auf die Stromqualität. So hat die Gemeinde bei der Ausschreibung des Graustroms (Grossbezüger Liegenschaften) den Anbieter aufgrund des Preises gewechselt und ist nicht mehr bei der EBM Kundin. Beim Grünstrom (100 Prozent Wasserkraft) erhielt die EBM für das gesamte Bezugsnetz inklusive Grossbezüger den Zuschlag.

Sparen um jeden Preis

Auf ein Budget von 100 Millionen Franken sei die Einsparung zwar klein. «Aber wir müssen wegen der immer kleiner werdenden monetären Mittel alle Kosteneinsparmöglichkeiten überprüfen», betont Landmesser.

Auf die Idee, bei der Stromrechnung zu sparen, kam Allschwil aufgrund einer internen Überprüfung im Rahmen des Konzepts Energiestadt. Wer dieses Label erwerben will, muss Energie effizient nutzen, erneuerbare Energien fördern und den Verkehr umweltverträglich gestalten. Aktuell sind rund 400 Schweizer Städte und Gemeinden im Besitz des Labels.

In diesem Zusammenhang wurde Allschwil aufmerksam auf Renergy. Dessen Inhaber, Mauro Renggli, ist in der regionalen Strombranche kein Unbekannter. So war er zum Beispiel auch für die EBM tätig. Inzwischen hat

er sich als Unternehmer darauf spezialisiert, Unternehmen und Kommunen gleichermaßen bei der Beschaffung von günstigem Strom am freien Markt zu unterstützen. Zu seinen Kunden gehören zum Beispiel die BLT, Sanitas Troesch mit seinen 14 Standorten, die Hirslanden-Gruppe mit 16 Standorten, aber auch andere Kliniken wie Merian Iselin, die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel, das Felix Platter Spital oder das Medizinaltechnik-Unternehmen Medartis.

Einkaufverbund in Prüfung

Renggli hat mit seinem Geschäftsmodell Erfolg. Allerdings muss er auch viel Überzeugungsarbeit leisten. So ganz einfach ist nämlich die Beschaffung von Strom am freien Markt nicht. Zuerst müssen die infrage kommenden Liegenschaften ermittelt werden, dann das Ausschreibungsverfahren festgelegt und der Gang über eine börsenähnliche Plattform abgewickelt werden.

Mit dem Weg in den teilliberalisierten Markt fallen für die Kommunen auch Preisabsprachen weg. «Beim Einladungsverfahren dürfen keine Verhandlungen mit dem Submittenten geführt werden», bestätigt Landmesser und verweist auf die Bestimmungen im Gesetz über öffentliche Beschaffungen.

Zwar sei es für Allschwil nach wenigen Monaten noch zu früh, um eine Bilanz zu ziehen, sagt Landmesser. Es gebe aber bereits verschiedene Überlegungen, um mit weiteren Grossgemeinden einen Einkaufsverbund anzustreben. Ein denkbarer Weg wäre es, über den Verband Basellandschaftlicher Gemeinden Verbundlösungen aufzubauen.

Offen ist dabei, ob bei einer solchen finanziell attraktiven Lösung auch Allschwils Nachbargemeinde Binningen mitmachen wird. Wie Gemeindepräsident Mike Keller auf Anfrage der BaZ betont, werde die Frage der Strombeschaffung frühestens nach Auslaufen der Lieferverträge mit der EBM zum Thema.

Erstmals habe man 2016 über die Möglichkeiten, die der teilliberalisierte Strommarkt biete, im Binninger Gemeinderat gesprochen – ohne allerdings einen Vorentscheid zu treffen. Wie immer wenn ein Aktionär betroffen sei, werde er wie jeder andere Gemeinderat auch bei einer vertieften Analyse in den Ausstand treten. Keller ist Leiter der Biopower Nordwestschweiz AG. Diese beschafft in der Nordwestschweiz mit eigenen industriellen und landwirtschaftlichen Anlagen erneuerbare Energie aus der Vergärung von organischen Reststoffen. Das Unternehmen befindet sich im Besitz der regionalen Energieversorger EBL, IWB und EBM.